

## Deutschland in der Open Government Partnership

Erster Nationaler Aktionsplan der Bundesregierung

*Pencho Kuzev | Maria Berndt*

### Zum Mitnehmen

- Open Government beschreibt eine Kultur der Regierungsführung, die von den Prinzipien der Transparenz, der Rechenschaftspflicht und der Partizipation geleitet wird, innovative Praktiken nutzt und die Demokratie fördert.
- Deutschland ist seit Dezember 2016 Teil der Open Government Partnership (OGP). Im Vordergrund dieser Initiative steht die Selbstverpflichtung, die Beziehungen zwischen Staatsorganen und Zivilgesellschaft transparenter und partizipativer zu gestalten.
- Der erste Nationale Aktionsplan der Bundesregierung vom 16. August 2017 definiert 15 Verpflichtungen. Die Maßnahmen reichen von Open-Data-Förderung, Transparenz in der Entwicklungspolitik bis zur Stärkung der Bürgerbeteiligung bei Umwelt und Stadtentwicklung.
- Die Aktivitäten der Bundesregierung im Rahmen des Aktionsplans können einem Vertrauensverlust in die Politik entgegenwirken.
- Für die internationale Politik wird die OGP Deutschland eine günstige Plattform bieten, um Themen mit Bezug zu Rechtsstaat und nachhaltiger Entwicklung unter breiter Beteiligung des NGO-Sektors und der jeweiligen Regierungen zu diskutieren.
- Für die Erreichung der Ziele ist es jedoch notwendig, die Idee von Open Government stärker in die Öffentlichkeit zu tragen und die Beteiligung aller relevanten Gesellschaftsgruppen aktiv zu organisieren.

## INHALT

---

- 2 | Die Idee hinter Open Government**
  - 3 | Best Practice**
  - 5 | Open Government Partnership und der Aktionsplan der Bundesregierung**
  - 6 | Der OGP-Prozess und die Entstehung des Aktionsplans**
  - 8 | Ausblick**
- 

### Eine Kultur der Regierungsführung

## Die Idee hinter Open Government

Die Bestrebungen hin zu mehr Transparenz und Bürgernähe in der Gesellschaft sowie vertrauensvoller Politik haben ihre Wurzeln lange in der Geschichte. Im Jahr 1789 erklärte der damalige US-Präsident Thomas Jefferson, dass die Bevölkerung dem Staat nur dann vertraue, wenn sie über Regierungsprozesse gut informiert ist.<sup>1</sup> In den letzten 20 Jahren wurden verschiedene internationale Initiativen, zuletzt unter dem Label „Open Government“ gestartet, um die Transparenz in der Politik und die Partizipationsmöglichkeiten zu erhöhen. Die folgenden Initiativen gehören sicherlich dazu: „International Aid Transparency Initiative“, die „Transparency and Accountability Initiative“, „Publish What You Pay“, und die „Extractive Industries Transparency Initiative“ (EITI).<sup>2</sup> Wahrscheinlich eines der prominentesten Projekte dieser Art ist „Frag den Staat“ und die vielen Projekte der Open Knowledge Foundation Deutschland.

Keine andere Initiative war jedoch so allumfassend wie die „Open Government Partnership“ (OGP),<sup>3</sup> die im Jahr 2011 ins Leben gerufen wurde. Die OGP ist ein internationales Bündnis aus zurzeit 75 Staaten, die sich der Idee eines offenen, transparenten und kooperativen Regierungs- und Verwaltungshandelns unter Anwendung moderner Technologien verpflichtet haben.

Was Open Government allgemein bedeutet, ist nicht einheitlich definiert. Es hängt viel mehr vom gesellschaftlichen und kulturellen Kontext ab. Die OECD beschreibt Open Government als „eine Kultur der Regierungsführung, die auf innovativen und nachhaltigen Politiken und Praktiken basiert, von den Prinzipien der Transparenz, der Rechenschaftspflicht und der Partizipation inspiriert wird und die Demokratie und ein inklusives Wachstum fördert“.<sup>4</sup> In Kanada bezieht sich Open Government auch auf eine Regierungskultur, die besagt, dass die Öffentlichkeit das Recht hat, auf die Informationen und das Regierungsverfahren zuzugreifen, um mehr Offenheit, Rechenschaftspflicht und Engagement zu ermöglichen.<sup>5</sup> Die chilenische Definition<sup>6</sup> wiederum meint eine öffentliche Politik, die für den gesamten Verwaltungsapparat gilt. Sie dient der Stärkung und Verbesserung des institutionellen Rahmens und der Verwaltung von öffentlichen Angelegenheiten, indem sie die Transparenz und den Zugang zu öffentlichen Informationen fördert und festigt und Bürgerbeteiligung an Design, Formulierung, Umsetzung und Evaluierung der öffentlichen Politik ermöglicht.

Eine allgemein anerkannte Definition von Open Government gibt es auch in Deutschland nicht. Eine solche Definition würde nicht nur ein gemeinsames Verständnis zwischen allen relevanten Stakeholdern erleichtern, sondern könnte als Grundlage für eine kohärente nationale und offene Regierungsstrategie dienen, um die Regierungsinitiativen in verschiedenen Politikbereichen zu koordinieren. Man erleichtert das Verständnis von Open Government, wenn man die Prinzipien umschreibt für die es steht: Transparenz, Rechenschaft und Partizipation.

## Transparenz

Transparenz als Zugang zu öffentlichen Informationen ist die prominenteste Säule von Open Government. Die Anwendung von neuen Technologien sowie die Nutzerfreundlichkeit, welche beispielsweise in der zeitnahen Bereitstellung von öffentlichen Informationen liegt, spielen dabei eine Schlüsselrolle. In dieser Hinsicht herrscht ein heterogenes Bild<sup>7</sup> in Deutschland: Länder mit Informationsfreiheitsgesetzen (Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Saarland, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen), Länder mit Transparenzgesetzen (Hamburg, Bremen, Rheinland-Pfalz) sowie Länder ohne entsprechende

Grundlage dafür (Bayern, Hessen, Niedersachsen, Sachsen). Der Bund hat mit dem novellierten eGovernment-Gesetz in der letzten Legislaturperiode Maßstäbe für eine proaktive Veröffentlichungspflicht gesetzt.

### Rechenschaft

Die Rechenschaftspflicht ist ein grundlegendes demokratisches Prinzip. Die Übernahme von Verantwortung für das staatliche (Nicht)Handeln und Akzeptanz der rechtsstaatlichen Verfahren sind wesentliche Bausteine davon. Ein verantwortungsvolles Handeln der Staatsorgane schließt die Pflicht ein, Informationen über Staatstätigkeiten zur Verfügung zu stellen – auch ohne gesonderten Anlass dafür. Deshalb gehört die Rechenschaftspflicht zum Open-Government-Konstrukt.

### Partizipation

Die Partizipation als Baustein von Open Government wird oft kritisch diskutiert. Die Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger bedeuten jedoch weder die Infragestellung der staatlichen Organe, noch die Abschaffung der repräsentativen Demokratie, die wir leben. Die aktive Partizipation der Bürger suggeriert viel mehr eine breite Kompetenz der Bürger für viele gesellschaftliche Herausforderungen. Sie umfasst die Beteiligung an Entscheidungsfindung, Prioritätensetzung, Ideenentwicklung bis hin zur Einbeziehung der Expertise des zivilen Sektors und schließt mit anderen Worten viel mehr als nur Wahlbeteiligung ein. Ein Open-Government-Verständnis der Partizipation erkennt das Potential der Bürger, entsprechende Politik gemeinsam zu entwickeln, an.

Diese Prinzipien bezwecken eine Veränderung der Beziehung zwischen Staatsorganen und Bürgern. Sie machen sie dynamischer, gegenseitig vorteilhafter und basieren auf gegenseitigem Vertrauen. Open Government kann viele unterschiedliche Facetten haben und neue Möglichkeiten der Koproduktion und Zusammenarbeit ermöglichen.

### Best Practice

Neue, innovative Formen der Transparenz und Bürgerbeteiligung sind auf der ganzen Welt zu erkennen und seien exemplarisch in dem folgenden Abschnitt aufgezeigt.

#### Paris, Frankreich:<sup>8</sup> partizipative Budgetierung und parlamentarischen Offenheit

Seit 2014 gibt die Gemeinde Paris ihren Bürgern die Möglichkeit, über die Verwendung von 5 Prozent ihres Investitionsbudgets, welches im Jahr 2014 immerhin 500 Millionen Euro betrug, zu entscheiden. Ziel ist es, die Bürger dabei mehr in die Kommunalpolitik einzubeziehen, um zum einen den sozialen Zusammenhalt zu fördern und zum anderen ihre Präferenzen kennenzulernen. Diese Methode baut auf den Grundsätzen eines offenen Regierungs- und Verwaltungshandelns (Open Government) auf und fördert eine stärkere Beziehung zwischen den Bürgern, ihren Vertretern und den öffentlichen Institutionen.

Frankreich hat im Juli 2015 seinen Nationalen Aktionsplan im Rahmen der OGP verabschiedet. Hierin verpflichtet sich Frankreich, die Transparenz des Gesetzgebungsprozesses zu stärken und die Beteiligung der Bürger an der Arbeit der Nationalversammlung zu erhöhen.<sup>9</sup> Im Rahmen des Aktionsplans plant Frankreich, moderne Suchsysteme und die sog. Eliasse-Anwendung umzusetzen. Diese Anwendung erlaubt den Zugriff auf die Texte der Änderungsanträge, Erklärungen und Unterzeichner. Durch die Nutzung dieser „Eliasse“-Anwendung können die Bürger ihre Meinun-

Aktive Rolle  
der Bürger im  
Politikzyklus

Neugestaltung der  
Gesellschaftsbeziehungen

Finanzierung  
von Projekten

gen äußern sowie sich über die Tagesordnungen und die aktuellen Rechnungen der Versammlung informieren.

#### **Toronto, Canada:**<sup>10</sup> Prioritäten in der lokalen Infrastruktur

Seit 2001 engagieren sich Mieter in Toronto bei der jährlichen Zuteilung von neun Millionen Kapitalförderung durch die öffentliche Wohnungsbehörde. In gemeinsamen Sitzungen identifizieren die Mieter Prioritäten in der lokalen Infrastruktur. Daraufhin stimmen die Budgetbeauftragten aus jedem Gebäude über die Prioritäten ab, um letztendlich die Finanzierung für das jeweilige Projekt zu erhalten.

#### **Italien:** Konsultation im Rahmen des Nationalen Plans für seltene Krankheiten

Das Ministerium für Gesundheit legte einen Entwurf des Nationalen Plans für seltene Krankheiten zur öffentlichen Konsultation vor, um Vorschläge zu sammeln und spezielle Fragen zu klären. Patientenorganisationen, die Einheit des Nationalen Netzwerks für seltene Krankheiten und wissenschaftliche Gesellschaften waren daran beteiligt. Der finale Plan wurde in einer offenen Runde vorgestellt, welche darauf abzielte, die Debatte zwischen dem Gesundheitsministerium, dem Nationalen Institut für Gesundheit und Patientenvereinigungen zu fördern. Patientenvertreter wurden gewählt, um bei der Umsetzung des Plans zu helfen.

Dieses Beispiel aus Italien zeigt, dass das Einbeziehen der einschlägigen Interessengruppen die Legitimität der Strategie erhöht, die Qualität der Umsetzung verbessert und auch die Kommunikation des Problems erweitert wird.<sup>11</sup>

#### **Deutschland:** Der wöchentliche Video-Podcast der Bundesregierung

Die Bundesregierung hat einen innovativen Ansatz eingeführt, um die Bürger regelmäßig zu informieren. Auf der Internetseite der Bundesregierung veröffentlicht die Presse- und Informationszentrale nicht nur Pressemitteilungen, sondern auch einen Video-Podcast mit Bundeskanzlerin Merkel. Wöchentlich wird die Kanzlerin zu aktuellen Fragen interviewt, die die Debatten in der vergangenen Woche geprägt haben bzw. in der kommenden Woche prägen werden. Diese Videos werden dann auf den YouTube-<sup>12</sup>, Twitter- und Facebook-Konten<sup>13</sup> der Regierung veröffentlicht. Ein weiteres Merkmal des Reichweiten-Mechanismus ist „Die Woche der Kanzlerin“, welche ebenfalls auf dem YouTube-Kanal der Bundesregierung veröffentlicht wird. Wie der Name impliziert, enthält die kurze Fünf-Minuten-Zusammenfassung die wichtigsten Entscheidungen, Treffen und Staatsbesuche aus der Woche der Kanzlerin. Gelegentlich werden die wöchentlichen Videos durch zusätzliches Videomaterial von Gipfeln oder dem deutschen Bundestag ergänzt. Weiterhin beantwortet der Regierungssprecher Fragen von Bürgern auf der Facebook-Homepage und zu den prominentesten Themen der Woche in einem Video-Blog auf dem YouTube-Kanal.

Auch die OECD hebt lobend hervor, dass die Nutzung von Social Media hilft, eine Brücke zwischen den Bürgern und den manchmal komplexen und weitreichenden Entscheidungen der Regierung zu schlagen.<sup>14</sup>

#### **Finnland:** Verbesserung der Dialogfähigkeiten von Beamten

Eine effektive Kommunikation ist wichtig, um das Verhältnis zwischen Regierung und Bürgern weiter zu stärken. Die finnische Regierung erkannte die Bedeutung einer guten Dialogfähigkeit von Beamten und nahm daher Verpflichtungen zur weiteren Verbesserung eben dieser Fähigkeiten in ihrem ersten OGP-Aktionsplan

mit auf. Die folgenden Ziele wurden u.a. formuliert: Standardisierung der Funktionsbezeichnungen und Angaben werden von der Regierung vorgenommen; höhere Transparenz bei Entscheidungen mit besonderem Schwerpunkt auf Ausgaben des Staatshaushaltes; die Ausbildung wird für Beamte in der Verwendung von klarer Sprache und Klartext organisiert; die Verständlichkeit der Texte, die von der öffentlichen Verwaltung produziert werden, wird zusammen mit Bürgern und Nutzern der Dienste getestet; die Verständlichkeit von Kundenbriefen wird erhöht, vor allem durch die Verwendung von Standardtexten. Diese Verpflichtungen wurden im zweiten OGP-Aktionsplan weiter ausgebaut mit der Verpflichtung z.B. Strukturen und Prozesse so zu beschreiben, dass die Bürger wissen, welche Behörden bei verschiedenen Fragen kontaktiert werden sollten.

Das Beispiel Finnlands ist ein Beispiel für bewährte Verfahren zur Erleichterung der Kommunikation, des Engagements und der Zusammenarbeit zwischen Bürgern und öffentlichen Stellen, die das Potenzial haben, die Wahrnehmung der gesamten Regierung und die Politik positiv zu beeinflussen. Open Government, wenn es als Kultur der Regierung verstanden wird, verlangt von der heutigen und der kommenden Generation von Staatsbediensteten, die aktivere Rolle der Bürger während des gesamten Politikzyklus, durch solche Ansätze wie in Finnland anzuerkennen.<sup>15</sup>

## Open Government Partnership und der Aktionsplan der Bundesregierung

Viele dieser Projekte sind im Rahmen der OGP entstanden oder inspiriert worden. Der folgende Teil analysiert die Mehrwerte der Teilnahme Deutschlands an der OGP und beschreibt den Prozess der Entstehung des Aktionsplans.

Nach einer mehr als fünfjährigen Bestrebung aus der Zivilgesellschaft, ist nun auch Deutschland seit Dezember 2016 Teil der Open Government Partnership. Was ist aber neu daran? Die OGP ist keine internationale Organisation und hat keinen völkerrechtlichen Charakter-Eigenschaften die gleichzeitig ein Vorteil und ein Nachteil dieses Bündnisses sein können. Im Vordergrund stehen das Bestreben und die Selbstverpflichtung, die Gesellschaftsbeziehungen neu zu gestalten.

Die teilnehmenden Regierungen setzen sich **zusammen mit Vertretern der Zivilgesellschaft für mehr Transparenz, die Stärkung der Rolle der Bürger, Korruptionsbekämpfung und die Nutzung neuer Technologien** ein, um das Regierungs- und Verwaltungshandeln zu verbessern.



*„Demokratie heißt Zuhören und die Hand reichen“  
Bundesminister de Maizière, OGP Summit Paris 7.12.2016*

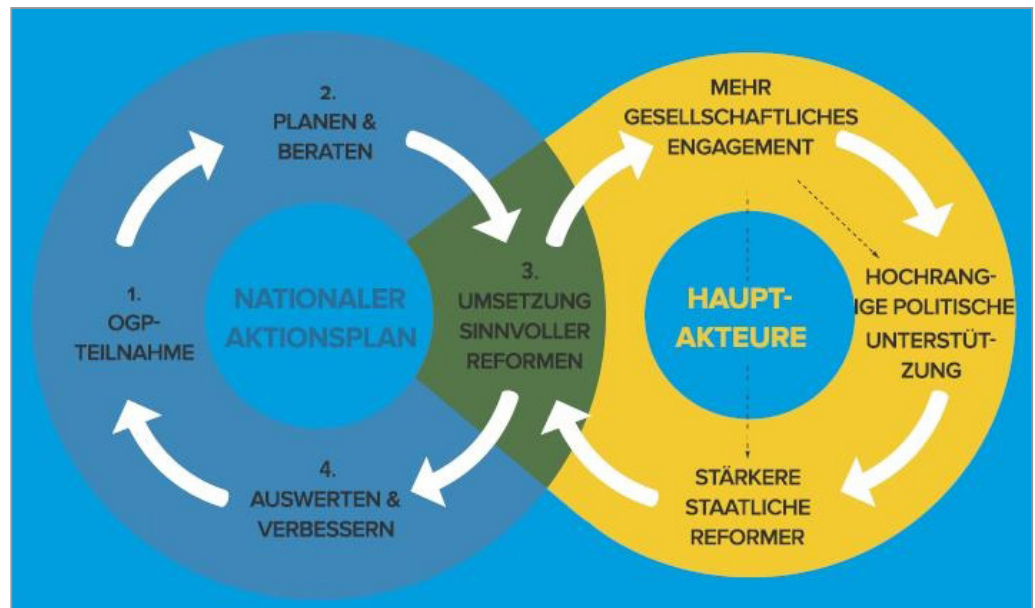
Die Deklaration der OGP, die die deutsche Bundesregierung unterzeichnet hat, hebt hervor: [...] „Verantwortungsvolles Regierungs- und Verwaltungshandeln bedarf hoher ethischer Maßstäbe und Verhaltensregeln für die öffentlich Bediensteten. Wir engagieren uns für tragfähige Strategien, Mechanismen und Verfahren zur Korruptionsbekämpfung, für Transparenz in der Verwaltung von öffentlichen Mitteln und Beschaffungen und für die Stärkung des Rechtsstaats.[...]“<sup>16</sup>



## Der OGP-Prozess und die Entstehung des Aktionsplans

Die Teilnehmerstaaten erarbeiten und verabschieden Nationale Aktionspläne (NAP) im Zweijahresrhythmus. Der Nationale Aktionsplan ist Kernstück des OGP-Prozesses. Er entsteht in der Zusammenarbeit mit Vertreter der zivilen Gesellschaft. Nach Bekanntgabe der Teilnahme Deutschlands im Rahmen des OGP Global Summit am 7. Dezember 2016 wurden 103 Experten zu einem Workshop im Bundesministerium des Inneren eingeladen. Ziel war eine Ideensammlung und Priorisierung der Themen für den ersten NAP.

Nationaler Aktionsplan



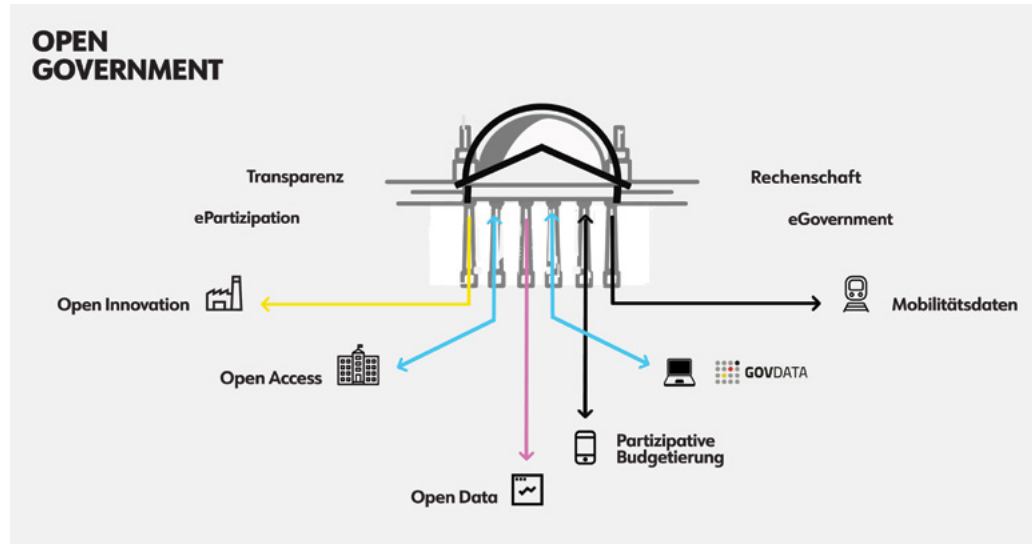
Quelle: Open Government Partnership  
[http://www.opengovpartnership.org/sites/default/files/OGP\\_Booklet\\_deutsch\\_20161005\\_digital.pdf](http://www.opengovpartnership.org/sites/default/files/OGP_Booklet_deutsch_20161005_digital.pdf)

Viele engagierte Einzelpersonen, Wissenschaftler und NGO-Aktivisten organisierten sich in einem Arbeitskreis-OGP-Deutschland<sup>17</sup> mit dem Ziel die Bundesregierung bei der aktiven Mitwirkung Deutschlands in der OGP zu unterstützen. Eine umfassende Sammlung von 265 Ideen für die Aufnahme in den ersten NAP wurde vom Arbeitskreis an die Bundesregierung übermittelt. Die Bundesregierung bewertete<sup>18</sup> viele dieser Ideen als bereits gelebte Praxis in Deutschland.

Die folgenden 15 Verpflichtungen – die OGP selbst empfiehlt für den ersten NAP 5 bis 15 Verpflichtungen – wurden von der Bundesregierung verabschiedet.<sup>19</sup> Sie definieren unter anderem Ziele, Ambitionen und beteiligte Organisationen bei der Umsetzung sowie messbare Meilensteine:

1. Schaffung von Rahmenbedingungen für die OGP-Teilnahme
2. Umsetzung von Open Data in die Verwaltungspraxis
3. Förderung des Open-Data-Umfeldes
4. Besserer Zugang und einfache Nutzung von Geoinformationen
5. Finanztransparenz – Implementierung der „Initiative für Transparenz in der Rohstoffwirtschaft“ – Standards
6. Transparenz in der Entwicklungspolitik
7. Open Data für intelligente Mobilität
8. Stärkung der Bürgerbeteiligung bei Umwelt und Stadtentwicklung
9. ElterngeldDigital/Digitalisierung familienbezogener Leistungen

10. Wissensnetz für lesbische, schwule, bisexuelle, trans- und intersexuelle bzw. -geschlechtliche Menschen
11. Initiative lokale Bündnisse für Familien
12. Monitoring der Entwicklung des Frauen- und Männeranteils in Führungsebenen, in Gremien der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst
13. Förderung des freien Zugangs zu wissenschaftlichen Publikationen („Open Access“)
14. Das Wissenschaftsjahr 2018 – Arbeitswelten der Zukunft
15. Bundeswettbewerb „Zusammenleben Hand in Hand“



Erkennbar ist die Zielbestrebung der Bundesregierung, den OGP-Prozess und die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft weiter zu systematisieren. Bis Mai 2018 möchte die Bundesregierung ein Konzept für die Erstellung und Evaluierung künftiger OGP-Aktionspläne erarbeiten.<sup>20</sup> Eine Potentialanalyse von Open Government in der Bundesregierung scheint nicht unbedingt notwendig. Die Mehrwerte eines offenen Regierungs- und Verwaltungshandelns sind überall da gegeben, wo der Ansatz den Prinzipien der repräsentativen Demokratie nicht im Wege steht und weiterhin auch dort, wo die Prozesse nicht massiv beeinträchtigt werden. Entscheidend wird, wie Länder und Kommunen (Beschluss des IT-Planungsrats auf seiner 22. Sitzung) eingebunden werden können, wozu ein formaler Prozess erarbeitet werden soll.

Offenkundig ist der Stellenwert von Open Data für die Bundesregierung. Der NAP findet dafür klare Worte: „Die Veröffentlichung von Daten als Open Data soll Teil des täglichen Verwaltungshandeln werden“.<sup>21</sup> Ehrgeizig ist auch die Zielvorgabe, bis Dezember 2017 ein Konzept zur kohärenten Datenbereitstellung für die Bundesverwaltung zu erarbeiten. Die gesonderte Verpflichtung zur Förderung des Open-Data-Umfelds – eine der Empfehlungen der Open-Data-Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung<sup>22</sup> – könnte eine wirkungsvolle Maßnahme sein. Der NAP widmet sich leider nicht den wirtschaftlichen Anreizen eines Open-Data-Ökosystems, wie das bereits im Bereich von Mobilitätsdaten und dem „mFund“ beispielsweise der Fall ist. Zu begrüßen ist die Verpflichtung des BMVI, die Open-Data-Ansätze in Gesetzen des Ressorts zu verankern.<sup>23</sup> Man kann hoffen, dass diesem guten Beispiel auch die anderen Ressorts folgen.

Open Data als Teil des täglichen Verwaltungshandelns

Zwar ist die Beteiligung der Zivilgesellschaft und anderer Anspruchsgruppen eine gängige Praxis in der deutschen Politik und Verwaltung, Open Government ist jedoch viel mehr als Projektförderungen, Durchführung von Veranstaltungen und Einrichtung von Fachgruppen. Viele definierte Meilensteine wirken bescheiden. Beispielfhaft sei

hier die Förderung des freien Zugang zu wissenschaftlichen Publikationen („Open Access“) genannt. Hier beschränkt sich die Verpflichtung auf Sammlung von Projekt-skizzen und Beginn der Förderung. Zu bedenken ist allerdings, dass die Vorbereitungszeit für den ersten NAP sehr eng war, und das Ende der Legislaturperiode viele Ideen und Vorschläge unmöglich machte.

Die Erstellung dieses ersten aber auch der künftigen Nationalen Aktionspläne war und wird ein kontinuierlicher Lernprozess. Im Ausblick bietet der OGP-Prozess die Möglichkeit, dass sich Verwaltung und Zivilgesellschaft mit den jeweiligen Arbeitsweisen näher vertraut machen können.<sup>24</sup> Das wird der Politik sicherlich nicht nur ein Stück mehr Vertrauen seitens der Bürger einbringen, sondern auch zu effizienteren Lösungen für so manche gesellschaftliche Herausforderung führen. Und es kann durchaus ein rationaler Diskurs darüber entstehen, welche Aspekte eines offenen Regierungs- und Verwaltungshandelns in Deutschland sinnvoll und umsetzbar sind.

Der Aktionsplan wird sowohl von der Bundesregierung als auch von dem OGP-Unabhängigen Berichtsmechanismus (IRM – Independent Reporting Mechanism) evaluiert.

## Ausblick

Deutschland ist eine gefestigte Demokratie und ein funktionierender Rechtsstaat. Die Transparenz, die Rechenschaftspflicht und die Partizipation als Rechtsstaatsprinzipien haben eine lange Tradition. Sie sind kein Selbstzweck und können immer weiterentwickelt werden. Die Teilnahme Deutschlands an der OGP kann ein Ansporn für die Verwaltung sein und zu neuen Dialogwegen führen. Dies kann sicherlich zur Stärkung der eigenen Reformbestrebungen beitragen. Darüber hinaus können die gesonderten Aktivitäten der Bundesregierung im Rahmen des Aktionsplans einem Vertrauensverlust in die Politik entgegenwirken, in dem die Bürgerbeteiligung im Rahmen einer Modernisierungsoffensive des Staates (eGovernment und die Feedback-Möglichkeiten der Bürger) als adäquates Werkzeug erkannt wird.

## Open Gov. als Gegenmittel zu Lügen und Halbwahrheiten

*„We're in a ‚show me‘ society. People want to see what we do on a daily basis, and if we don't adapt our political systems to that, there will be a temptation to go for the alternative of pandering to lies and half truths as a means of gaining political control, as is happening too often in societies today.“<sup>25</sup>*

*Anmerkung von Frans Timmermans, dem Vizepräsidenten der EU-Kommission während des OGP's UN 72 High-Level Event*

Die Teilnahme Deutschlands an der OGP wird ein offenes Regierungs- und Verwaltungshandeln mittelfristig fördern. Ein konstruktiver und vertrauensvoller Ansatz der beteiligten Akteure in Deutschland, kann dazu beitragen, Ängste in Politik und Verwaltung abzubauen und die Potenziale von Open Government aufzeigen. Die Erstellung des NAP lieferte dazu erste Erfahrung. Dafür ist es jedoch notwendig, die Idee von Open Government und die Prinzipien der OGP stärker in die Öffentlichkeit zu tragen und die Beteiligung der Zivilgesellschaft breiter zu organisieren. Noch verharrt der Diskurs in Fachkreisen und die Beteiligung beschränkt sich auf Akteure aus der Open Government Community. Hier gilt es, deutlich mehr Aufklärung und Öffentlichkeitsarbeit zu leisten sowie die Einbeziehung von Akteuren aus allen relevanten Gesellschaftsgruppen aktiv zu organisieren.

Für die internationale Politik wird die OGP Deutschland eine günstige Plattform bieten, um weltweit Themen wie Rechtsstaat, nachhaltige Entwicklung und Demokratie



## Maßstab für die international tätigen Organisationen

unter Beteiligung des NGO-Sektors mit den jeweiligen Regierungen zu diskutieren. Dies gilt vor allem dann, wenn es um Demokratiestandards geht. Die international vergleichenden Monitorings und Rankings zu den Kernaspekten eines offenen Verwaltungs- und Regierungshandelns haben außerdem eine effektivere Wirkung (eine Art „soft diplomacy“), als die traditionell praktizierte Kritik an den Missständen in den jeweiligen Ländern. Eine globale Förderung der Kultur des Open Government, in der die Ideale eines offenen und partizipativen Regierungs- und Verwaltungshandelns als Maßstab gelten, ist daher im Interesse der deutschen Außenpolitik.

Der Themenkomplex Open Data spielt bereits eine große Rolle in der Entwicklungspolitik sowie in der internationalen Zusammenarbeit und gleichzeitig genießt er einen besonderen Stellenwert im Rahmen von OGP. Das BMZ verweist in sehr vielen Projekten auf die Relevanz der Digitalisierung und die Bedeutung von Open Government<sup>26</sup> zur Umsetzung der Agenda 2030 und zum Erreichen der Nachhaltigkeitsziele. Den Stellenwert von Open Data begründet das BMZ folgendermaßen: „Offenheit kann zu mehr Demokratie, Transparenz, Partizipation und Kooperation, besserer Rechenschaftslegung, mehr Effizienz und zur Korruptionsbekämpfung [...] beitragen.“<sup>27</sup> Dies kann als Maßstab für alle deutschen international tätigen Organisationen dienen.

Die Bewertungen von Open Government durch die OECD<sup>28</sup> belegen, dass die Leistungen der subnationalen Regierungen (bspw. Länder und Kommunen) die Wahrnehmung der Menschen über die Qualität der Regierung als Ganzes prägt. Die Nähe zu den Menschen und ihren Bedürfnissen spornt das Engagement und die Teilhabe der Bürger umso mehr an.

## Nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung

Die Fähigkeit der Länder und Kommunen, Informationen über Chancen und Herausforderungen, denen sich ihre Gemeinschaft gegenübersteht, zu präsentieren, setzen sie in eine zentrale Rolle, um die Wirtschaft zu unterstützen und eine integrative und nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung zu fördern. Länder und Kommunen sollten Open Government nicht nur als Chance für mehr Transparenz, mehr Bürgerbeteiligung und dem leichteren Nachkommen der Rechenschaftspflicht auf lokaler Ebene erkennen, sondern auch für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung nutzen. Denn dies kann es dem öffentlichen Sektor ermöglichen, sich den drängenden Herausforderungen unserer Zeit zu stellen und von lokalen Gemeinschaften, sogenannten Communities, zu profitieren. Neue Technologien und gut ausgebildete Bürger bieten größere Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen Regierung und Bürgern, um gemeinsam festgelegte soziale Ziele zu erreichen. Außerdem bieten sie die Möglichkeit, die neuen Fähigkeiten und Möglichkeiten, welche sich aus der Gesellschaft und den neuen Technologien ergeben, in die Diagnose von Problemen aufzunehmen, Strategien zu entwickeln, sie umzusetzen und deren Ergebnisse zu bewerten.

- 1| Wirtz/Birkmeyer, *International Journal of Public Administration*, 38: 381– 396, 2015, S. 382.
- 2| OECD (2016), *Open Government: The Global Context and the Way Forward*, OECD Publishing, Paris, S. 22.
- 3| *Open Government Partnership*, <https://www.opengovpartnership.org/>.
- 4| OECD (2016), *Open Government: The Global Context and the Way Forward*, OECD Publishing, Paris, S. 17.
- 5| *Government of Canada*, <http://open.canada.ca/en/open-data-principles>.
- 6| OECD (2016), *Open Government: The Global Context and the Way Forward*, OECD Publishing, Paris, S. 29.
- 7| *Siehe Transparenzranking 2017 von Mehr Demokratie e.V. und der Open Knowledge Foundation Deutschland*, Helen Darbishire, Nicola Quarz, Arne Semsrott, Alexander Trennheuser, online abrufbar unter [www.transparenzranking.de](http://www.transparenzranking.de).
- 8| OECD (2016), *Open Government*, S. 172.
- 9| *Ebd.*, S. 237.
- 10| OECD (2016), *Open Government*, S. 173.
- 11| *Ebd.*, S. 183.
- 12| <https://www.youtube.com/user/bundesregierung/search?query=die+woche+der+kanzlerin>.
- 13| [https://www.facebook.com/pg/Bundesregierung/about/?ref=page\\_internal](https://www.facebook.com/pg/Bundesregierung/about/?ref=page_internal).
- 14| OECD (2016), *Open Government.*, S. 196.
- 15| OECD (2016), *Open Government*, S. 205.
- 16| *Open Government Declaration*: <https://www.opengovpartnership.org/open-government-declaration>.
- 17| *Arbeitskreis OGP Deutschland*, Information unter: <https://opengovpartnership.de/arbeitskreis/>.
- 18| *Ergebnis der Bewertung*, abrufbar unter: [https://opengovpartnership.de/files/2017/06/Antwort\\_Bewertungsergebnis\\_OGP\\_Ideen\\_ZivilG\\_170530.pdf](https://opengovpartnership.de/files/2017/06/Antwort_Bewertungsergebnis_OGP_Ideen_ZivilG_170530.pdf).
- 19| *Erster Nationaler Aktionsplan (im folgenden NAP) im Rahmen der Teilnahme Deutschlands an der Open Government Partnership (OGP)*, abrufbar unter: <http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Themen/ModerneVerwaltung-OeffentlicherDienst/OpenGovernment/ogp-aktionsplan.html>.
- 20| NAP, S. 11.
- 21| NAP, S. 13.
- 22| *Studie „Open Data. The Benefits“* <http://www.kas.de/wf/de/33.44906/>.
- 23| NAP, S. 21.
- 24| NAP, S. 9.
- 25| *Wir sind in einer „Show me“ - Gesellschaft. Die Menschen wollen sehen, was wir tagtäglich tun und wenn wir unsere politische Systeme nicht daran anpassen, wird es die Versuchung geben, Lügen und Halbwahrheiten als Mittel der politischen Kontrolle zu wählen, wie dies heute allzu oft geschieht; Rebuilding Trust in Government- Open Government Partnership (OGP) High-Level Side Event*, <http://webtv.un.org/watch/rebuilding-trust-in-government-open-government-partnership-ogp-high-level-side-event/5580956234001/?term=>.
- 26| *S. BMZ -Toolkit – Digitalisierung in Entwicklungszusammenarbeit und internationaler Zusammenarbeit in Bildung, Kultur und Medien* [https://www.bmz.de/de/zentrales\\_downloadarchiv/themen\\_und\\_schwerpunkte/ikt/Toolkit-Digitalisierung-Entwicklungszusammenarbeit-Bildung-Kultur-Medien.pdf](https://www.bmz.de/de/zentrales_downloadarchiv/themen_und_schwerpunkte/ikt/Toolkit-Digitalisierung-Entwicklungszusammenarbeit-Bildung-Kultur-Medien.pdf).
- 27| *Ibid*, 4.8.
- 28| OECD (2016), *Open Government*, S. 238.

## Die Autoren

*Dr. Pencho Kuzev LL.M wurde 1980 in Veles, Mazedonien geboren. Er ist promovierter Jurist im Bereich Kartell- und Regulierungsrecht. Wichtige berufliche Erfahrungen sammelte er bei der Deutschen Telekom AG sowie in den Kanzleien TaylorWessing LLP und Wagner Legal in Hamburg. Zeitweise war er zudem bei Consilio mit der Sicherung und Auswertung von Daten im Rahmen nationaler und internationaler Gerichtsverfahren befasst. Seit August 2015 ist er zuerst als Projektmitarbeiter für „Digitalisierung und Wohlstand“ mit dem thematischen Schwerpunkt der volkswirtschaftlichen Potentiale von Open Data und seit dem Dezember 2016 als Koordinator für Datenpolitik und Digitalisierung in der Hauptabteilung Politik und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung tätig.*

*Maria Berndt wurde 1988 in Greifswald geboren. Derzeit studiert sie an der Hochschule für Wirtschaft und Recht in Berlin im Masterstudiengang Non-Profit-Management und Public Governance. Sie ist seit Dezember 2015 als studentische Hilfskraft in der Hauptabteilung Politik und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung tätig.*

## Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

*Ansprechpartner:*

**Dr. Pencho Kuzev**

*Koordinator für Digitalisierung und Datenpolitik*

*Hauptabteilung Politik und Beratung*

*Team Digitalisierung*

*Telefon: +49(0)30/26996-3247*

*E-Mail: pencho.kuzev@kas.de*

*Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung, 10907 Berlin*

*ISBN 978-3-95721-375-4*

[www.kas.de](http://www.kas.de)



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)

Bildvermerk Titelseite  
CC0 Creative Commons

Bildvermerk S.7:  
Bojan Krtolica / BAIKA Design  
Studio, CC BY-SA 4.0